

Erfreulicherweise kommt in die entwicklungspolitische Debatte neuer Schwung. Nach dem 11. September 2001 bestand Einigkeit, dass die Entwicklungspolitik gestärkt werden müsse. Was zunächst weithin folgenlos blieb, scheint nun konkretere Formen anzunehmen. An die Spitze der Bewegung haben sich die Briten gesetzt. Premierminister Tony Blair will Afrika zum zentralen Thema des nächsten G-8-Gipfels 2005 in Schottland machen, dessen Gastgeber er voraussichtlich sein wird. Zur Vorbereitung hat er eine Kommission eingesetzt, deren Bericht in Kürze erwartet wird.

Der britische Finanzminister Gordon Brown überraschte den Labour-Parteitag und die Welt darüber hinaus mit einem neuen Vorstoß zur Bewältigung der Schuldenkrise, die viele Entwicklungsländer zu Boden drückt: Großbritannien sei bereit, zehn Prozent der Zahlungsverpflichtungen hoch verschuldeter armer Länder gegenüber Weltbank und afrikanischer Entwicklungsbank zu übernehmen. Diese Größenordnung übersteigt den britischen Anteil an beiden Institutionen und wird den britischen Steuerzahler rund 150 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich kosten. Die übrigen Industrieländer werden gedrängt, dem Beispiel zu folgen. Die britischen Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) sollen bis 2013 auf 0,7 Prozent des Bruttonationalinkommens (BNE) gesteigert werden.

Außenansicht

Neue Initiativen für arme Länder

Von Reinhard Hermle

Auch der französische Staatspräsident Jacques Chirac möchte offenbar seine letzten politischen Jahre dazu nutzen, als ein Staatsmann in die Geschichtsbücher einzugehen, der sich nicht nur um das Wohl der Grande Nation, sondern auch der Menschheit bemüht hat. In seinem Auftrag erarbeitete eine Expertenkommission neue Möglichkeiten der Entwicklungsfinanzierung. Der Bericht hat der internationalen Debatte neue Impulse gegeben. Frankreich will seine ODA bis 2006 auf 0,5 Prozent des BNE anheben. Zusätzlich trat Chirac am Rande der letzten UN-Vollversammlung mit seinen Kollegen aus Brasilien, Chile, Lagos, Ministerpräsident Zapatero von Spanien und UN-Generalsekretär Kofi Annan mit einer Initiative „Gegen Hunger und Armut“ an die Öffentlichkeit.

Deutschland läuft nun Gefahr, den Anschluss zu verpassen. Entwicklungspolitik hat derzeit keine Konjunktur. Vom Kanzler ist dazu vergleichsweise wenig zu hören; auch der Außenminister hält sich bedeckt. Einzig die zuständige Ministerin Heidemarie Wiecezorek-Zeul erscheint wie eine Ruferin in der Wüste. Sie kämpft, und doch setzen sich mächtigere Interessen immer wieder durch. Die Agenda 2010 beherrscht den politischen Alltag. Das Aktionsprogramm 2015, das die Bundesregierung im April 2001 beschlossen hat und mit dem sie zur Halbierung der extremen Armut in der Welt bis zum Jahr 2015 beitragen will, zählt allerdings zu ihren bestgehüteten Geheimnissen. So wichtig es ist, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen, so klar ist auch, dass dies nicht losgelöst von der weiter gehenden Herausforderung, Globalisierung insgesamt sozial zu gestalten, gelingen kann.

Trotz anders lautender Zusagen hat auch Rot-Grün die von der Vorgängerregierung in den Keller gestürzten öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit nicht wirklich angehoben. Gerhard Schröder hatte auf dem EU-Gipfel in Barcelona im März 2002 0,33 Prozent des BNE bis 2006 zugesagt. Das wäre rund eine Milliarde Euro mehr. Doch lässt sich nicht erkennen, wie dies erreicht werden soll. Die Glaubwürdigkeit der Regierung steht auf dem Spiel. Dies ist beschämend, nicht zuletzt des-

halb, weil die meisten europäischen Länder – von den neuen Beitrittsländern abgesehen – an Deutschland vorbeiziehen und inzwischen über Fahrpläne zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels mit festen Zeitschienen verfügen. Deutschland befindet sich am Ende des europäischen Geleitzugs in Gesellschaft von Griechenland, Italien, Österreich und Portugal.

Die Haushaltsnöte der Bundesregierung sind groß, nicht zuletzt wegen der Maastricht-Kriterien. Doch auch andere Länder kämpfen mit diesen Schwierigkeiten und steigern dennoch ihre finanziellen Leistungen zur Armutsbekämpfung. Letztlich ist es eine Frage des politischen Willens und der Prioritäten. Immer häufiger taucht die Frage auf, warum Deutschland seinen Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat nicht durch ein größeres entwicklungspolitisches Engagement untermauert.

Der Druck auf Deutschland wird deswegen zunehmen. Die Vorstöße der Briten und Franzosen geben einen Vorschmack. Sie beginnen sich im Hinblick auf die für 2005 anstehende Diskussion über die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele zu positionieren. Mit ihnen hatten die zum UN-Millenniums-Gipfel versammelten Staats- und Regierungschefs der Erde im Jahr 2000 eine Halbierung der Armut und des Hungers bis zum Jahr 2015 zugesagt. Fünf Jahre nach Verabschiedung der Millenniums-

ziele und zehn Jahre vor der Zielmarke soll im Rahmen einer UN-Konferenz im September 2005 Zwischenbilanz gezogen werden. Bereits jetzt ist erkennbar, dass sie nicht positiv ausfallen wird. Im Gegenteil: Bei gleich bleibenden Trends werden sie zum Beispiel in Subsahara-Afrika nicht im Jahr 2015, sondern erst 2150 erreicht werden.

Auch die Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) werden das Jahr 2005 nutzen, um ihre Regierungen kritisch zu befragen. Sie werden fordern, dass die Versprechen eingehalten werden. Die NRO werden daran erinnern, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht nur Hilfe in Entwicklungsländern bedeutet, sondern auch faire Welthandelsbedingungen, Abbau der Agrarsubventionen sowie nachhaltige Produktions- und Konsummuster bei uns. Die so genannte Doha-Entwicklungsrunde ist bisher mehr Schirm- als Realität.



Reinhard Hermle ist Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO).

Foto: dpa

Gelegentlich wird eingewandt, Entwicklungszusammenarbeit sei ein Fass ohne Boden und ihre Wirkung zweifelhaft. Fehlleistungen lassen sich nicht leugnen. Entwicklungspolitik ist ein Prozess von Versuch und Irrtum. Den Königsweg gibt es nicht. Viele Kritiker beziehen sich freilich auf überholte Konzepte. Vieles wurde inzwischen geändert. Die Qualität der Hilfe hat zugenommen. Die Koordination der Geber ist voran gekommen. Die Notwendigkeit der präventiven Konfliktbearbeitung gewinnt an Bedeutung. Und dass Entwicklungshilfe nur dort wirkt, wo in den Partnerländern entsprechende Voraussetzungen bestehen, wird niemand mehr bestreiten. Gerade weil modern verstandene Entwicklungspolitik erhebliche Eigenleistungen der Partnerländer voraussetzt, wiegt die Verpflichtung auf Seiten der Industrieländer schwer, ihren notwendigen Beitrag zu leisten.

Anderen zu helfen, ist ein Wert an sich und dient zugleich dem eigenen Interesse. Auch wir werden in einem Meer von Armut und Not und im Kontext einer Globalisierung, die den Graben zwischen Arm und Reich weiter aufreißt, nicht auf Dauer in Frieden und Sicherheit leben können. Deshalb ist Entwicklungszusammenarbeit gut investiertes Geld. Parlament und Regierung in Berlin werden dieser Einsicht – auch bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen – folgen müssen.